

Die EU-Klimapolitik gerät immer mehr unter Druck

Die steigenden Energiepreise schüren Konflikte zwischen reichen und ärmeren Mitgliedsländern

DANIEL IMWINKELRIED, BRÜSSEL

Viele Meinungsverschiedenheiten spalten die EU. Mit dem Iran-Krieg hat sich eine weitere Differenz unter den Mitgliedsländern verschärft: die Frage, welche Energiepolitik die Organisation verfolgen soll.

Die stark gestiegenen Erdöl- und Erdgaspreise haben die Energiekosten für Konsumenten und Unternehmen teilweise stark in die Höhe getrieben. Soll die EU deswegen die Hinwendung zu Wind- und Solarkraft umso entschiedener vorantreiben? Oder ist es die Aufgabe der Politik, die Energie vorübergehend zu verbilligen? Möglicherweise aber mit der Folge, dass Vergünstigungen nicht mehr wegzubringen sind und die Energiewende verzögern?

Schwerindustriestaaten in Sorge

Bis 2050 will die EU im Rahmen des Green Deal klimaneutral werden. Industrie und Haushalte dürfen ab dann nur noch so viel Kohlendioxid (CO₂) und andere Treibhausgase ausstossen, wie mit technischen und natürlichen Mitteln aus der Atmosphäre absorbiert werden kann. Diese Energiewende ist allerdings kostspielig, vor allem für jene Unternehmen, die bei ihrer Produktion nach wie vor schwergewichtig auf Erdöl, Erdgas oder Kohle setzen.

Um CO₂ auszustossen, müssen sie via das Emissionshandelssystem ETS 1 teilweise Zertifikate kaufen. Vor allem liberale Ökonomen schwören auf dieses Instrument. Wer die Umwelt verschmutze, bezahle, das sei Marktwirtschaft, meinen sie. Für Energiefirmen, die Erdgas oder Kohle verfeuern, kann die Rechnung allerdings gesalzen ausfallen. Zudem kommen im schlimmsten Fall zu den ETS-1-Kosten je nach Land weitere Abgaben.

Kein Wunder, haben sich einige EU-Mitgliedsländer auf das Emissionshandelssystem eingeschossen, unter ihnen Polen, Italien, Tschechien, die Slowakei oder Belgien. Sie möchten für die heimische Industrie gerne Erleichterungen herausholen. «Ich bin hier, um für



Die Regierungschefs der EU-Länder haben sich am Donnerstag in Brüssel getroffen, um über die anziehenden Treibstoffpreise zu diskutieren. Doch nicht alle Mitgliedstaaten sind davon gleichermassen betroffen.

REMKO DE WAAL / IMAGO

die europäische Industrie zu kämpfen», sagte etwa der tschechische Ministerpräsident Andrej Babis am Donnerstags am EU-Gipfel in Brüssel.

Eine Diplomatin eines anderen mitteleuropäischen Staates meinte, seit dem Grossangriff Russlands auf die Ukraine 2022 herrsche in Europa Krieg. Energieintensive Sektoren wie Zement, Stahl, Aluminium müssten überleben – man brauche sie in Zeiten wie jetzt mehr denn je. Am ETS sollten daher Änderungen vorgenommen werden.

Die Frage, wie resolut die EU die Energiewende anpacken und wie es mit dem ETS weitergehen soll, entzweit vor allem die EU-Länder in Skandinavien

und die mitteleuropäischen Mitglieder. In seinem Land seien die Energiepreise niedrig, weil man viel Geld in erneuerbare Energieformen gesteckt habe, sagte etwa der finnische Ministerpräsident Petteri Orpo in Brüssel. Am ETS will er nicht rütteln, das System sei die Basis der Energiewende.

Nachwehen des Kohlezeitalters

Ähnlich äussert sich auch Luxemburgs Premierminister Luc Frieden. Es sei nicht Aufgabe der EU, für günstigere Energiepreise zu sorgen, meinte er. Entlastungen für die Bürger seien eine nationale Aufgabe.

So wichtig allerdings die ökologische Wende ist, damit Europa von Erdöl und Gas aus politisch instabilen Gegenden wekommt: Mit ihren Argumenten machen es sich die verhältnismässig wohlhabenden Länder teilweise einfach.

Das reiche Luxemburg kann sich niedrige Entgelte und Steuern auf Energie leisten. So bezahlt im Grossherzogtum der Staat die Netzkosten und nicht der Endkonsument.

Die Abgaben auf Benzin sind ebenfalls relativ niedrig – auch mit dem Ziel, dass die vielen Arbeitspendler aus den Nachbarländern in Luxemburg tanken und so dort statt im Heimatland Geld liegen lassen. Und wenn die EU-Länder

nun einzeln anfangen, Firmen und Autofahrer von den hohen Energiepreisen zu entlasten, wie das Frieden vorschwebt, verzerrt das den Markt: Immerhin können sich reiche EU-Länder Entlastungsmassnahmen eher leisten als weniger wohlhabende.

Das zeigte sich 2022, als Russland grossflächig die Ukraine angriff und die Energiepreise abhoben. Insgesamt gaben die EU-Länder damals für Entlastungsmassnahmen 500 Milliarden Euro aus, allein 160 Milliarden stammten von der deutschen Regierung.

Hinzu kommt, dass die Abhängigkeit der mitteleuropäischen Staaten von fossilen Energieträgern eine Art Erblast dar-

«Ich bin hier, um für die europäische Industrie zu kämpfen.»

Andrej Babis
Ministerpräsident Tschechiens

stellt. Die Energieversorgung beruhte dort jahrzehntelang auf Kohle. Man käme noch so gerne rasch davon weg, sagte die Diplomatin eines osteuropäischen Landes. Denn schliesslich seien Kohle und Gas für ihr Land die teuerste Energie. Aber der Startpunkt für die Energiewende sei halt ein ganz anderer als in den meisten westeuropäischen Staaten.

Der Green Deal der EU ist die Einheitslösung für alle EU-Staaten. Aber wenn die Preise für fossile Energie in die Höhe schiessen wie derzeit, zeigen sich die Nachteile dieses «One size fits all».

Die Konflikte darüber dürften sich in der EU noch verschärfen. Am Donnerstag ist die Notierung für Erdgas um über 30 Prozent gestiegen. Eine markante Trendwende ist nicht absehbar, zumal Iran Katars LNG-Anlagen schweren Schaden zugefügt hat. Bis auf weiteres treibt der Iran-Krieg die Preise in die Höhe, mittelfristig könnte die Energiewende diesen Effekt haben.